

(1) Große Nuklearwaffenstaaten sollten ihre Politik der nuklearen Abschreckung aufgeben und ihre Nuklearrückstände drastisch reduzieren. (2) Sämtliche Nuklearmächte sollten die Erklärung abgeben, daß sie niemals als erste Atomwaffen einsetzen wollten. (3) Nuklearwaffen außerhalb der eigenen Grenzen sollten zurückgezogen werden und außerdem solle jedermann die Errichtung von nuklearwaffenfreien Zonen unterstützen. (4) Kein Land solle damit beginnen, Weltraumwaffen oder aber Raketenabwehrsysteme zu entwickeln, die die strategische Sicherheit und Stabilität erneut beeinträchtigen könnten. (5) Eine internationale Konvention über das vollständige Verbot und die vollständige Vernichtung von Atomwaffen solle geschlossen werden. (XNA in SWB, 30.7.96)

China sei bereit, nun einen Vertrag über das Verbot von Nukleartests zu unterzeichnen. (XNA, 5.7.96)

Auch wolle China Schritte unternehmen, um möglichst bald ein weltweites Verbot von Chemiewaffen durchzusetzen. (XNA, 25.7.96)

Dem chinesischen Test waren Proteste zahlreicher Nachbarstaaten, vor allem Japans, Australiens und Neuseelands, gefolgt.

Da China bereits zu Beginn des Jahres 1996 hatte wissen lassen, daß es noch zwei Tests durchführen wolle, ehe es zum Moratorium übergehe, hatte die Umweltorganisation Greenpeace angekündigt, sie werde ein Protestschiff nach Shanghai entsenden. Mit der weithin sichtbaren Aufschrift "Stop Bombing Lop Nor" machte sich das Schiff am 12. Juni auf die Reise in Richtung Yangzi-Mündung, wurde dort aber am 13. Juni von chinesischen Marinestreitkräften abgefangen und aufgefordert, die chinesischen Hoheitsgewässer wieder zu verlassen. Die chinesischen Beamten benahmen sich höflich und begrüßten die 32 Greenpeace-Aktivisten aus 16 Nationen per Händedruck. Es wurde keine Gewalt angewendet und nirgends auch waren Waffen sichtbar. Die Aufforderung lautete: "Bitte stellen Sie diesen illegalen Akt ein und verlassen Sie wieder unsere Hoheitsgewässer. Sie verletzen internationales Recht."

Offensichtlich wollten die Chinesen ein Kontrastbeispiel zu den Vorgaben der französischen Marine setzen, die 1995 mit Gewalt gegen ein Greenpeace-Schiff vorgegangen war, das vor dem Muru-

roa-Atoll aufgekreuzt war, um gegen die französischen Tests zu protestieren. (SCMP, 12. und 16.6.96) Nachdem das Schiff zurückgewiesen worden war, fuhr es nach Hongkong weiter. Allerdings weigerte sich der Hongkonger Gouverneur, Chris Patten, einer Einladung der Besatzung zu folgen und an Bord zu kommen. Patten, der ohnehin seine liebe Not mit den Chinesen hat, wollte die Chinesen offensichtlich nicht noch ein weiteres Mal provozieren. -we-

*(10)

In Zukunft kein Englisch mehr bei den Pressekonferenzen des Außenministeriums

Am 2. Juli 1996 gab ein Sprecher des Außenministeriums bekannt, daß in Zukunft bei den wöchentlich zweimal stattfindenden Pressekonferenzen - beginnend ab September - kein Englisch mehr verwendet werde. "Wenn Sie künftig Fragen stellen wollen, so tun Sie dies ab 1. September bitte in Chinesisch".

Bisher wurden die Pressekonferenzen für die Vertreter aus 38 Ländern zweisprachig gegeben.

Englisch solle in Zukunft jedoch nicht mehr verwendet werden, damit die "Arbeitseffizienz" erhöht werde, hieß es. Auch die Pressekonferenzen des US State Department in Washington würden ja ausschließlich in Englisch geführt. Chinesisch sei i.ü. eine der Arbeitssprachen der UNO.

Die 80 Korrespondenten ausländischer Medien, die sich bisher hauptsächlich auf ihre Englisch-Kenntnisse verlassen konnten, müssen sich in Zukunft also anstrengen! (SCMP, 3.7.96) -we-

Innenpolitik

*(11)

75 Jahre KPCh: Internationaler Sozialismus "auf einem Tiefpunkt", aber KPCh hat "wieder Fuß gefaßt"

Des 75. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) am 1. Juli wurde in ganz China mit Feierstunden und Gratulationskampagnen, aber ohne Pomp gedacht: Die

Parteiführung hielt nationale Jubelkundgebungen angesichts des fragilen Zustands der Parteiorganisation offenbar nicht für angebracht.

Im Vergleich zu den zahllosen offiziellen Beiträgen in den Medien, die die Rolle der KPCh beim Aufbau des modernen China mehr oder weniger routiniert priesen, fiel eine emotional bewegte Rede des Ministerpräsidenten aus dem Rahmen. Li Peng hielt sich am 1. Juli im Kohlenrevier Shuangyashan in der Provinz Heilongjiang auf, um den Gründungstag der KPCh mit der dortigen Parteibasis und ausgewählten Modellarbeitern zu begehen. (RMRB, 2.7.96)

Li Peng stellte seiner Gedenktagsrede einige persönliche Erinnerungen voran und nahm Bezug auf seinen zwei Jahre währenden Aufenthalt in der Provinzhauptstadt Harbin zur Zeit des Bürgerkrieges: Er, Li, empfinde seit jener Zeit für die "schwarze Erde" dieser Region tiefe Gefühle und sei beeindruckt von den Fortschritten, die diese Region gemacht habe. Lis Bekenntnis zu Nordostchina, das wegen seines schwerindustriellen und staatswirtschaftlichen Erbes eine schwere Krise durchmacht, verdeutlicht, für wen Li Pengs Herz schlägt und wo er in China die wahre sozialistische Tradition verkörpert sieht: im Nordosten, nicht an der Südostküste.

Die Perspektiven des Sozialismus und der Kommunistischen Partei in China charakterisierte Li Peng mit politischem Zweckoptimismus:

"Das Unternehmen des internationalen Sozialismus befindet sich gegenwärtig auf einem Tiefpunkt (*chuyu dichao*). Warum kann dann das Unternehmen des chinesischen Sozialismus so florieren? Entscheidend ist, daß die KPCh die allgemeine Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der chinesischen revolutionären Praxis kombiniert hat... In der Geschichte unserer Partei hat es auch Fehlleistungen gegeben; die Partei hat vorübergehende Rückschläge und Niederlagen hinnehmen müssen. Aber wir haben uns nicht von diesen Schwierigkeiten überwältigen lassen. Dadurch, daß wir beständig unsere Erfahrungen verarbeiteten und Lehren daraus zogen, haben wir die Schwierigkeiten überwunden und wieder Fuß gefaßt ... Unsere Partei hat die Entschlossenheit, die Zuversicht und die Fähigkeit, die [vor uns liegenden] Probleme zu lösen und Schwierigkeiten zu meistern...".

Li Pengs Rede richtet sich offensichtlich gegen einen in weiten Kreisen der KPCh verbreiteten Defätismus: Unter vorgehaltener Hand äußern viele Parteimitglieder und auch hohe Funktionäre die Ansicht, das Scheitern des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa habe gezeigt, daß mit sozialistischen Methoden eine Modernisierung nicht möglich sei. Die erfolgreiche Nutzung kapitalistischer Methoden in China wiederum bestätige, daß der Sozialismus prinzipiell kein gangbarer Entwicklungsweg sei. (C.a. 1995/3, S.181)

Li Peng spricht vordergründig nur von Krisen der Partei in der Vergangenheit. Er bezieht mit seinen Äußerungen aber Stellung zu den aktuellen Anzeichen für einen umfassenden ideologischen und organisatorischen Niedergang der einstmaligen revolutionären Kaderpartei. -hei-

*(12)

"Gangstertum" in lokalen Parteikomitees: "Noch regiert die Kommunistische Partei"

Seit Jahren wird in offiziellen Parteidokumenten und Parteitagsreden der Verfall der organisatorischen Disziplin in lokalen Parteiorganen beklagt. Wie weit Degeneration und Machtmißbrauch von Parteikadern inzwischen gehen, wurde jüngst durch zwei Fälle aus den Provinzen Shandong und Shanxi illustriert.

In Taian, einer Stadt auf Bezirksebene in der Provinz Shandong, wurde im Juli fast die gesamte Führungsspitze wegen Bestechlichkeit im Amt, schwerer Wirtschaftsverbrechen und anderer im Zeitraum 1990 bis 1995 begangener Vergehen zum Tode oder zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt. (XNA, 13.7.96; Xinhua, 12.7.96) In einen großangelegten Betrugsskandal in Zusammenhang mit Aktienemissionen der örtlichen Petrochemiewerke waren unter anderem der städtische Parteisekretär und mehrere Mitglieder des städtischen Parteikomitees, der Direktor der städtischen Polizeibehörde sowie der Generaldirektor der petrochemischen Werke verwickelt. Darüber hinaus soll der städtische Parteisekretär auch die Personalpolitik in seinem Amtsbezirk systematisch manipuliert und Nepotismus betrieben haben.

Bereits im November 1995 hatte das Provinzparteikomitee die betroffenen Funktionäre aus der KPCh ausgeschlos-

sen und sämtlicher Ämter enthoben. Von Februar an erfolgten die Gerichtsurteile. Bislang wurde nur das Todesurteil gegen den ehemaligen Polizeichef (nach Zustimmung des Obersten Volksgerichtes in Beijing) vollstreckt, dem über die Wirtschaftsverbrechen hinaus noch acht Vergewaltigungsdelikte zur Last gelegt wurden. Die Todesstrafe wurde in den anderen Fällen zunächst für zwei Jahre ausgesetzt.

In Shanxi hat im Juni ein Fall schweren Amtsmissbrauchs in dem Dorf Qiancun (Kreis Pinglu) Aufsehen erregt. (*Shanxi Ribao*, 13.6.1996). Ein 32jähriger Sekretär des Dorfparteikomitees hatte seit 1992 eine lokale "Clique" um sich geschart, die sich auf Kosten des bescheidenen Dorfbudgets einen großzügigen Lebenswandel erlaubten und die Dorfbewohner mit willkürlichen Gebührenforderungen und Gewalttätigkeiten drangsalierte. Von den insgesamt 15 Dorfkadern sollen sich acht an den Machenschaften beteiligt haben. Die für die Aufsicht über das Dorf verantwortliche Gemeindeleitung ignorierte die Vorgänge in Qiancun trotz wiederholter Klagen und Anzeigen mehrere Jahre lang. Aufgedeckt wurden die Mißstände erst, nachdem eine Gruppe von Bürgerkriegsveteranen aus Qiancun (die vermutlich über Beziehungen zu ehemaligen "Kampfgefährten" in höheren Parteifunktionen verfügten) Beschwerde bei der Kreisleitung und beim Provinzparteikomitee einlegte.

Provinzparteisekretär Hu Fuguo versprach auf einer Versammlung in Qiancun Abhilfe: "Jeder Kader, der dem Volk nicht dient und sogar Missetäter schützt, wird von mir, Hu Fuguo, aus dem Amt entfernt werden". Er habe Verständnis für die Bauern aus Qiancun, die sich fragten, ob die Kommunistische Partei überhaupt noch regiere, wenn sie solche Mißstände zulasse. In den Medien Shanxis wurde ungewöhnlich offen über das Versagen höherer Parteiebenen berichtet, den selbstherrlichen Dorfparteisekretär zu disziplinieren, und die verbreitete Praxis kritisiert, Vergehen untergeordneter Stellen zu kaschieren.

Unter vielen Parteifunktionären wird der erfolgreiche "Tausch von Macht gegen Geld" inzwischen als Ausweis für die eigenen Führungsfähigkeiten angesehen: Eine Kultur der Korruption hat sich in der KPCh etabliert. Parteivertreter, die am alten politischen Ideal des "Dienstes für das Volk" festhalten, werden auch innerhalb der Partei inzwi-

schen häufig (so die *Shanxi-Zeitung*) als "konservativ" oder gar unfähig geringgeschätzt.

Der Druck höherer Parteiebenen, die eine Disziplinierung korrupter Amtsträger in Dörfern, Gemeinden, Kreisen und Städten durchzusetzen versuchen, wird als störende Intervention in lokale Machtgefüge nach Kräften unterlaufen. Auf den unteren Verwaltungsebenen besteht ein starkes Interesse, die Aufsicht durch höhere Parteiebenen abzuschütteln, um ungestört den eigenen wirtschaftlichen Interessen nachgehen zu können.

Sowohl in Shandong als auch in Shanxi hätte sich ohne das direkte Eingreifen der Provinzführung an den lokalen Mißständen vermutlich bis heute nichts geändert. Auch ist nicht auszuschließen, daß sachfremde politische Interessen hinter der Auswechslung der Führung in Taian und der Disziplinierung der Dorfführung in Qiancun stehen: In beiden Provinzen laufen derzeit Kampagnen gegen Korruption und Amtsmissbrauch; Sündenböcke werden gesucht, um ansonsten alles beim alten lassen zu können. Es gibt weiterhin keine wirkungsvollen dezentralen Kontrollen gegenüber selbstherrlichen Amtsträgern auf lokaler Ebene.

Noch kann das Provinzparteikomitee korrupte Funktionäre auf unteren Ebenen absetzen. Aber die Warnungen in den Parteizeitungen machen deutlich, wie schlecht es um die kommunistische Herrschaft in den ländlichen Regionen steht: "Orte, wo solche Leute [Parteikader, die sich verhalten wie Gangster] die Macht monopolisieren, haben fast alle Merkmale einer kommunistischen Herrschaft verloren". (*Shanxi Ribao*, 13.6.96)

Sollten Parteizentrale und Provinzparteikomitees künftig aufgrund interner Auseinandersetzungen ihre Entscheidungsfähigkeit einbüßen, so wird die politische Autorität der Kommunistischen Partei in China voraussichtlich abrupt kollabieren. Die KPCh ist 75 Jahre nach ihrer Gründung zu einer äußerst fragilen politischen Organisation geworden. -hei-

*(13)

Organisationsreform der lokalen Volksgerichte - Wachsende Bedeutung des Wirtschaftsrechts

Die knapp 3.000 Unteren Volksgerichte auf Kreisebene werden gegenwärtig einer grundlegenden Reorganisation un-

terzogen. Auf einer nationalen Konferenz über die noch in diesem Jahr abzuschließenden Gerichtsreformen sagte der stellvertretende Präsident des Obersten Gerichtshofes, Xie Anshan, daß die "Vereinfachung der Verwaltung und die Steigerung der Effizienz" Ziele der Reorganisation seien.

Plänen des Obersten Gerichtshofes zufolge sollen etwa 20 Abteilungen/Kammern (unter anderem für Entschädigungsverfahren und für Fragen des Schutzes des geistigen Eigentums) in den lokalen Gerichten eingerichtet werden, die landesweit einheitliche Bezeichnungen tragen und die gleichen Aufgaben wahrnehmen sollen. Der Oberste Gerichtshof hat bereits detaillierte Bestimmungen über die Verantwortlichkeiten der vorgesehenen Abteilungen/Kammern formuliert. (Xinhua, 11.7.96)

Die lokalen Gerichte haben nach offiziellen Angaben 1995 insgesamt mehr als 4,5 Mio. Verfahren behandelt, was eine Steigerung um das 4,5fache gegenüber 1990 bedeutet. (Xinhua, 11.7.96) In den neunziger Jahren soll die Zahl der Verfahren im Bereich des Wirtschaftsrechts jährlich um durchschnittlich rund 20% von 1991 560.000 auf 1995 1,27 Mio. gewachsen sein. Die überwiegende Zahl der Verfahren werde in den prosperierenden Küstenregionen eröffnet. Allein im ersten Quartal dieses Jahres seien 200.000 wirtschaftsrechtliche Verfahren eröffnet worden. (SCMP, 9.7.96) -hei-

*(14)

Joint Ventures angeblich "Basis für westliche Spionageaktivitäten"

Nach detaillierten Meldungen der Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* (15.7.1996, S.18-19) hat das Beijinger Staatssicherheitsministerium in einem ausführlichen Bericht vom 21.Juni und auf einer Konferenz der Sicherheitsorgane Ende Juni festgestellt, daß mit westlicher und japanischer Beteiligung gegründete Joint Ventures in China von ausländischen Mächten häufig für Spionageaktivitäten mißbraucht würden.

Auch in Unternehmen Hongkonger und taiwanesischer Provenienz sollen von westlichen Mächten Agenten in hohen Positionen installiert worden sein, die sich mit der illegalen Beschaffung geheimer Information über die chinesische Politik, das Militär und die Wirtschaft befassen.

Luo Gan, der im Staatsrat unter anderem mit Sicherheitsfragen betraute Pro-*tegé* Ministerpräsident Li Pengs, soll von einem notwendigen "stillen politischen Kampf gegen Spionage, Sabotage und Infiltration" gesprochen haben. Am 28. Juni wurde der Hongkonger Quelle zufolge ein streng geheimes Dokument des Ministeriums für Staatssicherheit über eine "umfassende Verstärkung der Aufsicht und der Bekämpfung des Diebstahls von Informationen über Partei, Regierung, Militär und Wirtschaft durch ausländische Unternehmen, Unternehmen mit ausländischer Beteiligung und in China ansässige ausländische Wirtschafts- und Handelsinstitutionen" gebilligt. Das Ministerium hat demzufolge beschlossen, sein System der Gegenspionage zu verstärken und das Netz eigener Informanten in ausländischen Unternehmen auszubauen.

Insbesondere den Vereinigten Staaten und Japan sowie in geringerem Maße Großbritannien wird von chinesischer Seite seit den achtziger Jahren immer wieder vorgeworfen, Chinas Öffnungspolitik für Spionagezwecke zu mißbrauchen. Die jüngsten Meldungen in *Dongxiang* deuten somit nicht auf eine neue Politik des chinesischen Sicherheitsapparates hin, sondern bestätigen die Ambivalenz, die kennzeichnend für Beijings Haltung ist: Das Mißtrauen gegenüber "feindlichen Kräften im Westen" ist mit der Reform- und Öffnungspolitik nicht nur nicht geschwunden, sondern scheint in den neunziger Jahren angesichts des sich verschärfenden offenen und stillen "politischen Kampfes" mit dem Westen weiter gewachsen zu sein. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(15)

Größtes Projekt über traditionelle Kultur

In China wird zur Zeit an einem Forschungsprojekt gearbeitet, das als das größte Projekt dieses Jahrhunderts über die traditionelle Kultur und das traditionelle Denken Chinas bezeichnet wird: ein Sammelwerk mit Biographien über chinesische Denker (*Zhongguo sixiang-jia pingzhuan congshu*). Das Werk soll insgesamt 260 Biographien von Philosophen und Denkern enthalten, einschließlich bedeutenden historischen

Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Militär, Bildung, Literatur, Kunst, Wissenschaft, Technik und Religion - von Konfuzius bis Sun Zhongshan. Herausgeber ist Prof. Kuang Yaming, bekannter Konfuzius-Forscher und Präsident der Konfuzius-Gesellschaft. Er hat das Projekt Ende der achtziger Jahre begonnen. Die Redaktion hat ihren Sitz am Forschungszentrum über chinesische Denker an der Universität Nanjing. Bisher sind 50 von insgesamt 200 Teilen erschienen.

Auf einer Tagung, die das Nanjinger Forschungszentrum kürzlich gemeinsam mit der *Guangming-Zeitung* veranstaltete, lobten die geladenen Wissenschaftler das Projekt in den höchsten Tönen (vgl. dazu GMRB, 9.7.96). Dabei wurde deutlich, daß es sich nicht nur um ein Prestigeprojekt handelt, sondern daß dieses auch politisch instrumentalisiert wird. Es soll die Größe der traditionellen chinesischen Kultur, die "glänzende kulturelle Tradition der chinesischen Nation und ihre großen Beiträge zur Weltzivilisation" dokumentieren. Zudem soll das Werk dem "Aufbau einer neuen sozialistischen Kultur mit chinesischen Kennzeichen" dienen. Die Biographien sollen unter Beweis stellen, daß China zu den fortgeschrittenen Nationen der Welt zählt. Hervorgehoben wurde auch die wissenschaftliche Leistung: Das Werk genüge nicht nur höchsten wissenschaftlichen Ansprüchen in bezug auf Quellenanalyse, Textkritik usw., sondern es sei, gemessen am Umfang, auch einmalig in der Welt; weder in Europa noch in den USA habe es je ein vergleichbares Projekt gegeben.

Daß die Biographiensammlung in hohem Maße der Selbstdarstellung Chinas dient, erhellt auch daraus, daß heute für wichtig erachtete Gesichtspunkte besonders herausgestellt oder gar in die Vergangenheit hineingelegt werden. So wird beispielsweise betont, daß ein Zehntel aller zu behandelnden Denker Naturwissenschaftler gewesen seien und daß diese viele traditionelle Denker beeinflusst hätten. Damit soll offensichtlich der Auffassung begegnet werden, im traditionellen China hätten Naturwissenschaft und Technik keine besondere Rolle gespielt. Des weiteren wird festgestellt, daß sich unter den traditionellen Denkern Chinas auch zahlreiche Angehörige "nationaler Minderheiten" befunden hätten. Diese Aussage soll suggerieren, daß China schon immer in der heute beschworenen Einmütigkeit mit den "nationalen Minderheiten" ge-